

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIII.

Leipzig, Freitag den 21. Juni 1895.

N^o 71.

Die Redaktion und Expedition des
Corr. befindet sich vom 1. Juli d. J. ab
in Leipzig

Serburastraße Nr. 3/5.

Sämtliche Sendungen bitten von diesem
Termin an nur an diese Adresse zu richten.

**Generalversammlung
des Verbandes der Deutschen Buchdrucker
zu Breslau.**

Dienstag den 18. Juni 1895.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung kurz
nach 9 Uhr. Sodann wird in die Debatte über
den Antrag Flensburg zu § 18: Zur Unter-
stützung des Verbandes in wichtigen Fragen
sind sämtliche Gauvorstände hinzuzuziehen, ein-
getreten.

Heilmann-Flensburg begründet den Antrag unter
Betonung des demokratischen Prinzips mit dem Hinweis,
daß es vorgekommen sei, daß einzelne Gauvorstände nicht
zur Beratung dringlicher Fragen herangezogen seien.

Der Verbandsvorsitzende weist den Vorwurf
zurück und fährt dahin auf, daß es sich bei den dies-
bezüglichen Gauvorstands-Konferenzen nur um solche
Angelegenheiten gehandelt habe, welche nur die Ein-
geladenen angingen.

Schulz-Hamburg und Jost-Mainz entschuldigen das
eingeschlagene Verfahren.

Domine-Frankfurt erklärt, daß man in Frankfurt
jezt über die Nichtinzuziehung bei einer Gauvorsteher-
besprechung berührt sei. Es dürfe nicht erscheinen, als
suche sich der Zentralvorstand die ihm passenden Berater aus.
Nathusius-Stettin würde es bedauern, falls Er-
sparsisrückichten maßgebend sein sollten, einzelne Gause
bei wichtigen Fragen unberührt zu lassen.

Rosenlehner-Bremen hält den Antrag für zwecklos
und bittet um Ablehnung. Bisher hätten die Besprechungen
gut gearbeitet.

Giesecke-Berlin hält den Flensburger Antrag für
gesund, er sei einfach anzunehmen. Wichtige Fragen sind
für alle wichtig.

Heilmann-Flensburg weist darauf hin, daß die
finanzielle Seite der Frage nicht ausschlaggebend in Betracht
zu nehmen sei. Wenn es nicht möglich sei, stets alle
Gauvorstände zusammenzubringen, so solle denselben doch
wenigstens vorher Nachricht von derartigen Zusammen-
künften und deren Zweck gegeben werden. Redner dankt
Giesecke-Berlin für Unterstützung und bittet den Antrag,
wenn er an sich annehmbar sei, nicht etwa deswegen ab-
zulehnen, weil er vielleicht nach Ansicht einiger Anwesenden
nicht gut genug begründet sei. (Seitertzeit).

Der Vorsitzende verspricht auf alle Fälle, der dem
Antrage zu Grunde liegenden guten Idee Rechnung zu
tragen.

Maffint-Berlin bittet um Ablehnung und weist
darauf hin, daß es doch Angelegenheiten gebe, welche
nicht alle Gauvorstände interessieren.

Die vorgenommene Abstimmung ergibt An-
nahme des Antrages mit großer Mehrheit.

Antrag Leipzig: Der Ausschuss des Verbandes.

Eichler-Leipzig motiviert den Antrag. Der Aus-
schuß solle durchaus nicht dem Zentralvorstand im Nach-
sehen. Er solle den Vorstand stärken, ihm Material ver-
schaffen. Es gelte die Agitation zu beleben. Die kleinen
Gause seien mit Ausgaben hierfür belastet, die Kosten
seien auf die starken Schultern der Verbandsklasse zu
legen. Der Zentralvorstand sei nicht in der Lage, fest-
zustellen, was für jeden einzelnen Ort dienlich ist. Aus
den einzelnen Gause solle das Material an einer Zentral-
stelle gesammelt und benutzt werden. Die Statistik habe,
wenn sie zu selten stattfindet, allerdings einen zweifel-

haften Wert. Die Statistiken müßten behufs Vergleichung
häufiger wiederholt werden. Unrichtig sei die Annahme,
Leipzig beanspruche den Ausschuß. Das ginge schon aus
vereinsgesetzlichen Gründen nicht. Die Form, wie dem
Antrage zugestimmt werde, sei den Antragstellern gleich-
gültig, würde nur durch Bestellung einer Behörde der
Zweck erreicht, auf dem Gebiete der Statistik und Agita-
tion mehr zu leisten als dem Vorstande jetzt möglich
sei. Der Vorstand müsse aus verschiedenen Orten ergänzt
werden, damit mehrfache Impulse bei der Leitung des
Verbandes maßgebend seien.

Der Verbandsvorsitzende erklärt, daß der Vor-
stand den Antrag nicht persönlich gegen sich gerichtet
fühle. Der Ausschuß könnte ihm das Leben so nur an-
genehm machen. Er erlaube nach dem Antrag alles;
der Vorstand habe nur Briefe im Bureau zu erliegen. Die
Agitation würde jedoch von den Verhältnissen bestimmt;
im Vorstadium von Unterhandlungen mit der Prinzipal-
schaft sei z. B. keine solche thunlich. Ebenso sei die Auf-
nahme von Statistiken nur zu geeigneten Zeitpunkten
zweckmäßig. Die Verwaltung würde durch den Ausschuß
teurer und zwischen den beiden Behörden würden Differ-
enzen eintreten. Man solle sich nicht die Köpfe des
Vorstandes wegen dessen Überlastung zerbrechen. Die
Beschlüsse des Vorstandes könnten nicht lokal einseitig
ausfallen, die Mitglieder desselben seien in der Mehrheit
Provinzler.

Maffint-Berlin führt aus, in den Gewerkschaften,
wo Vorstand und Ausschuß beständen, existiere eine perma-
nente Kriegsführung. Ein Ausschuß ohne Nachbefugnisse
sei hinfällig und erhalte er solche, so entspreche der Krieg
mit dem Vorstand. Ein Gau wie etwa der Berliner be-
dürfte keines Ausschusses, nur einer thätigsten Leitung;
der Gauvorstand solle nicht zum Nachwächter herunter-
sinken. Die Tariftgemeinschaft sei ein vorzeitlicher Zu-
stand gewesen, der Ausschuß werde nicht mehr erreichen
auf dem Tarifgebiete. „Werfen wir das giftig gewollene
Ding (den Antrag) in die Wolfshucht und Mauersteine
und Zement in solcher Masse darauf, daß es nie wieder
aufsteht. Wir haben schon an der einen Behörde genug
und wollen nicht noch eine Oberbehörde haben!“ (Große
Seitertzeit).

Asmus-Braunschweig: Schon der Name Ausschuß
sei verkehrt, er könne höchstens eine Beschwerdebefugnis
sein. Wie von Leipzig immer dieser Antrag komme, so
kehrte auch von Berlin der Antrag auf Verlegung des
Corr. immer wieder. Er verwerfe beide Anträge.

Klaproth-Hannover hätte eine bessere und eine
neue Begründung erwartet. Redner ist ein Freund der
Statistik und wünscht, daß im nächsten Jahr eine solche
erfolge. Zur Statistik gehöre eine sehr geeignete Kraft.

Domine-Frankfurt ist durch die Begründung über
den Nutzen des Ausschusses keineswegs belehrt worden.
Wo die Gause für die Agitation kein Geld in der Kasse
haben, trete der Vorstand ein, dergleiche habe immer
sulant gehandelt. Redner will eher dem Vorstand eine
weitere Kraft stellen, die die Statistik bearbeite.

Giesecke-Berlin: Eichler habe den Antrag sehr
harmlos begründet. Set der Vorstand nicht stark genug,
so gebe man ihm eine Arbeitskraft, ein statistisches Bureau.
Aber in dieser Absicht gipfeln der Antrag wohl nicht, die
Leipziger sollten mit der wahren Motivierung heraus-
kommen. Wir hätten schon an dem siebenköpfigen Un-
geheuer genug. (Seitertzeit.) Entstehende Konflikte würden
die Mitglieder auszubaden haben.

Steinbrück-Dresden: Wir müßten darauf sehen,
daß der Vorstand bei den Mitgliedern Ansehen genieße.
Die Prinzipale würden ihre Freude an den ausbrechenden
Zustigkeiten haben. Es lägen keine zwingenden Gründe
für den Ausschuß vor.

Lischke-Leipzig tritt den Angriffen auf Leipzig ent-
gegen.

Ante-Stuttgart: Der Ausschuß solle eine Kontroll-
behörde sein, aber wir wählen doch Kollegen in den
Vorstand, denen unser Vertrauen gehöre. Aus der
Eristenz des früheren Ausschusses kennen die älteren
Kollegen die Mißbilligkeiten. Wozu noch ein Verbands-
vorstand, wenn der Ausschuß sämtliche Funktionen ausübt.

Gildenbrand-Stuttgart: „Planmäßig“ könne doch
nur der Ausschuß im Einvernehmen mit den Gauvor-
ständen agitieren.

Stoessel-Berlin findet, daß die Menge der Anträge
das Interesse am Verbands beweise, um dieses zu beleben
sei also kein Ausschuß nötig.

Schluß der Debatte.

Anders-Waldenburg empfiehlt pure Ablehnung.
Schmitz-Leipzig konstatiert, daß fast sämtliche Redner
das Motiv anerkannt; das sei eine bedeutende Genü-
gung für die Antragsteller. Nur Giesecke habe den
Antragstellern Doppelzüngigkeit vorgeworfen. Es sei
Prinzip des Antrages gewesen, unsere wirtschaftlichen An-
tipoden wirksam zu begegnen. Nicht in Berlin würde
der Ausschuß zu arbeiten bestimmt sein, sondern in den
dunkeln Gegenden Ost- und Westpreußens, Rheinlands
usw. Wenn der Zentralvorstand mehrmals einen Ort
bereise, verliere er an agitatorischer Anziehungskraft. Der
Ausschuß würde überall die Agitation organisieren. Die
Ausarbeitung der Statistik habe sich verzögert. Die
Streitigkeiten der anderen Gewerkschaften entsprängen poli-
tischen Ausflüssen, wir seien in dieser Hinsicht einig.

Schröder-Köln (sattisch gegen Schmitz): Was das
dunkle Rheinland anbetrifft erkläre ich, daß wir bildlich
gesprochen bereits einen Ausschuß haben und zwar in
den Gau- und den Bezirksvorständen, welche, was Agi-
tation und Statistik betrifft, die segensreichste Thätigkeit
entfalten haben.

Eichler-Leipzig vernahrt sich gegen die Insinuation
Gieseckes und geißelt das Loblied Maffintis auf die Tarift-
gemeinschaft.

Redner zieht den Antrag im Hinblick auf die
noch zu behandelnde Tarifffrage, wo die Sache
wieder in anderer Form auftauchen werde, zurück.

Tatsächliche Erklärungen:

Giesecke-Berlin gegen Eichler: Ich habe ausgeführt,
daß ich nicht glaube, daß die angeführten Gründe das
Grundmotiv bilden und habe um die Angaben der wirk-
lichen erucht! Das ist meine Ueberzeugung, welche ich
auszusprechen mich verpflichtet halte.

Brauch-Offen: Rheinland-Westfalen hat in den letzten
Jahren eine Zunahme von annähernd 500 Mitgliedern
erhalten, die zum weitans größten Teil als ein Erfolg
der im Gau vorgenommenen Agitation zu betrachten
ist. Diese Agitation ist vom Gauvorstande geleitet
worden und der Erfolg hat bewiesen, daß wir speziell in
Rheinland-Westfalen auch ohne Ausschuß, wie er von
Leipzig aus gewünscht, sehr gut auskommen.

Unfeld, Vettendorf, Schröder: Gegenüber den
Auseinandersetzungen des Kollegen Schmitz-Leipzig erklären die
Delegierten von Rheinland-Westfalen, daß seine Ause-
setzungen hinsichtlich der Schwäche der Vorstände von Rhein-
land-Westfalen in bezug auf die allgemeine Beherrschung
der im Gau hervortretenden Tagesfragen auf vollständiger
Unkenntnis der Verhältnisse beruhen, haben vielmehr aus-
drücklich hervor, daß der Gauvorstand in Verbindung mit
den Bezirksvorständen den Mitgliederstand auf nie dage-
wesene Höhe gebracht hat.

Schmitz-Leipzig: Es hat mir durchaus fern gelegen,
den Vorständen Rheinland-Westfalens irgend einen Vor-
wurf wegen ungenügender Agitation zu machen. Es bleibt
aber trotz aller tatsächlichen Bemerkungen eine Thatsache,
daß nach der Statistik vom 15. Oktober vorigen Jahres
in Rheinland-Westfalen 1059 Mitgliedern 2557 Nicht-
mitglieder gegenüberstehen, und das sind für mich genügend
Unterlagen zu erklären, daß es in dem betr. Gau noch
viel zu agitieren gibt.

Es folgt die Beratung des Antrages zu § 25:
Herabsetzung der Delegiertenzahl.

Franzher-Gemüth befürwortet im Interesse der
Agitation eine möglichst große Anzahl von Delegierten.
Eichler-Berlin entgegnet, daß in anbetracht der großen
Notlage unter den Kollegen die Diätengelder besser für
Unterstützungszwecke verwendet werden können. Eine Redu-
zierung der Delegiertenzahl sei ohne Verletzung des demo-
kratischen Prinzips sehr gut möglich.

Vettenworth-Bielefeld erkennt die Gründe Eichlers als
sehr gute an, ist aber im Interesse derjenigen Gause, welche
viele Mitgliedschaften haben, für Beibehaltung des jetzigen
Modus. Jedem Delegierten schaffe der Besuch der General-
versammlung eine lebenslange, schöne Erinnerung, für

Aber weit entfernt, Eigentum der „Nation“, also der Masse der Staatsangehörigen zu sein, besitzt eine winzige Minderheit das unermessliche Kapital und die Volksmasse ist so gut wie bestlos. Solches findet die Bevölkerung in drei Klassen geteilt:

Arbeiterklasse	6599796 Familien	= 52 Prozent
Mittelstand	4991081	= 39
Kapitalisten	1091325	= 9
Der „Nationalreichtum“ ist hingegen wie folgt verteilt:		
Kapitalistenklasse	42703 Millionen Dollars	= 71 Proz.
Mittelstand	14550	= 24
Arbeiterklasse	2746	= 5

Industrie und Gewerbe

Nach dem Jahresberichte der Hamburger Fabrikinspektion für 1894 waren dort 1292 Fabrikanlagen vorhanden, die insgesamt 31015 Arbeiter beschäftigen (gegen 32571 im Vorjahr) und zwar 26220 erwachsene männliche Arbeiter und 4795 Arbeiterinnen. Im Alter von 14 bis 16 Jahren stehen 929 männliche und 108 weibliche Arbeiter, um die sich wohl, was aus unserer Quelle nicht zu ersehen, die Gesamtzahl erhöht. Betreffs der Lehrlingszucht sagt der Bericht, daß öfter ein Mißverhältnis hinsichtlich der Zahl der Lehrlinge gegenüber der der Gehilfen wahrgenommen worden sei, es sollten daher Eltern und Vormünder, so lange gesetzliche Bestimmungen hierüber nicht bestehen, bei Wahl der Lehrherren mit größter Umsicht zu Werke gehen. Von den Arbeitsordnungen heißt es, daß sie oft zu umfangreich und mit gänzlich überflüssigen Bemerkungen belastet seien. Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen betreffs der jugendlichen Arbeiter kamen 43 zur Anzeige, betreffs der Arbeitsbücher 384. Ueberzeitsarbeit wurde 26 Vertrieben in 60 Fällen bewilligt. Mit den Arbeiterausschüssen geht es nur schwach vorwärts und von einer Wirksamkeit ist fast nur bei Feststellung von Arbeitsordnungen die Rede. Arbeitsentstellungen fanden nur 8 statt, von denen 2 durch Vergleich endeten, während 6 erfolglos blieben. Das Gewerbegericht hatte über 2589 Klagen zu entscheiden. Unfälle fanden 2019 statt = 6,5 Proz. der Arbeiterzahl. 49 Unfälle hatten den Tod zur Folge. Bemerkenswert ist, daß von der Einrichtung von Sprechstunden bei der Fabrikinspektion seitens der Arbeiter nur mäßig Gebrauch gemacht wurde. Die seit Mitte Oktober auf Betreiben der Arbeiterpresse auch des Sonntags angelegten Sprechstunden hat nicht ein einziger Arbeiter besucht. Wenn die Fabrikantenpresse daraus den Schluß zieht, daß alles gut und wohlbestellt sei, so dürfen die Arbeiter sich darüber nicht erregen, da sie es ja sind, welche durch ihre Teilnahmelosigkeit das Material zu solcher Behauptung liefern.

Wäpfabrikanten in Nord- und Mitteldeutschland mit einer Gesamtproduktion von 18000 Doppelwaggons jährlich haben sich zusammengenommen, um einen Ring zu bilden. Diese immer mehr um sich greifende Konzentration des Kapitals bedingt ein gleiches Vorgehen seitens der Arbeiter.

Dänische Gutsbesitzer, die für schlechten Lohn, den sie ihren Arbeitern geben, keine dänischen Arbeiter finden können, lassen durch Agenten in anderen Ländern Männer und Frauen anwerben, die dann wie Sklaven behandelt werden. Leben und Nahrung sind so schlecht, daß die Angeworbenen häufig zu entfliehen versuchen. So waren vor einigen Tagen achtzehn polnische und deutsche Arbeiter von einem Gut auf Lolland, wo sie sehr schlecht behandelt worden waren, geflohen und es war ihnen auch gelungen, Gefieder zu erreichen, von wo sie mit dem Schiffe nach Warnemünde abgehen wollten. In Gledier wollte jedoch die Polizei die Leute zwingen, zurückzukehren, die Unglücklichen verteidigten sich und es entstand ein förmlicher Kampf, wobei auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet wurden. Sechs Arbeiter wurden gezwungen, zurückzukehren.

Bereine. Aachen usw.

Vor einigen Wochen (s. Nr. 45) wurde der frühere Vertrauensmann des Frankfurter Gewerkschafts-Kartells unter der Bezeichnung, die Statuten des „Bereins“ (welche gar nicht vorhanden sind) nicht eingereicht zu haben, vom Frankfurter Schöffengerichte zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt, von der Anklage jedoch, daß das Kartell politische Gegenstände erörtert und dabei Frauen im Verein zugelassen habe, freigesprochen, da nicht nachgewiesen sei, daß politische Gegenstände erörtert wurden. Gegen das Urteil hatte sowohl der Angeklagte wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt, über welche kürzlich in der Strafkammer verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte, das freisprechende Erkenntnis aufzuheben, da kein Zweifel bestehe, daß das Kartell ein politischer Verein sei. Der Zweck desselben gehe aus einer Resolution hervor, in welcher von der Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse sowohl gegenüber dem Staat als den Arbeitgebern die Rede sei. Diese Resolution sei gleichsam als Statut anzusehen. Das Gericht befähigte den ersten Teil des Urteils betreffs der Nicht-einreichung der Statuten, hob dagegen den freisprechenden Entscheid auf und verurteilte den Angeklagten zu weiteren 25 Mk. Geldstrafe. Es komme nicht darauf an, ob politische Gegenstände wirklich erörtert worden seien, sondern auf den Zweck der Vereinigung. Was dieselbe bezwecke, gehe aus der Resolution hervor, in welcher vom Staate die Rede sei, womit die politische Tendenz erwiesen wäre. Der Zentralverband der Konditoren, Pfefferkuchler usw. tagte zu Pfingsten in Nürnberg bei Anwesenheit

von 8 Delegierten aus 12 Orten mit 400 Mitgliedern. Die Einnahmen pro 1893 und 1894 betragen 2261,80, die Ausgaben 2032,59 Mk. Beschlüsse wurde, die Fach-Organ der Bäcker, Müller und Konditoren zu verschmelzen, auch mit diesen Branchen Kartellverträge in bezug auf Agitation und Reiseunterstützung einzugehen, ferner bei letzterer den Kilometertarif einzuführen. Weitere Beschlüsse betrafen die Agitation und die Einrichtung einer Zentral-Stellenvermittlung. Als Sitz des Vorstandes wurde Hamburg und als Sitz des Ausschusses Nürnberg wieder gewählt.

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine in Deutschland umfaßt zur Zeit gegen 44000 Mitglieder. Davon entfallen auf den Verband in Rheinland und Westfalen rund 25000, in Mitteldeutschland 5528, in Baden 2127, in der Rheinpfalz 1748, Württemberg 1728, am Mittelrhein 1440, im Heßischen 1007 und auf 19 Einzelvereine 5867 Mitglieder. Außerhalb des Gesamtverbandes bestehen in Rheinland-Westfalen noch 49 Vereine mit zusammen 12274 Mitgliedern und im übrigen Deutschland, außer dem Königreiche Bayern, noch 42 Vereine mit 6306 Mitgliedern. Aus Bayern werden 56 Vereine mit etwa 12000 Mitgliedern aufgeführt. Die katholischen Gesellenvereine dürften eine ähnliche Mitgliederzahl aufweisen, während die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine 60000 Mitglieder haben. Vielfach durchschossen aus den bürgerlichen Parteien, bilden diese „Arbeiter“-Organisationen einen Keil, der von der herrschenden Klasse nach dem Grundsatze „Teile und herrsche“ in die Arbeiterbewegung getrieben wird, um ein geeintes Zusammengehen hintanzuhalten.

Die Pensions- und Hilfskassen des Beamten-Personals der italienischen Eisenbahnen haben es glücklich auf über hundert Millionen Lire Defizit gebracht. Die Beamten fordern unverzügliche Deckung dieses Defizits durch die Regierung und die Betriebsgesellschaften, welche, da die Beamten von der Verwaltung der Kassen absolut ausgeschlossen waren, nun auch allein die Verantwortung zu tragen haben. Zunächst hat der oberste Gerichtshof über die Kompetenzfrage zu entscheiden. Das Werkwürdige an der Sache ist, daß schon im Jahr 1884 ein Defizit von sechzig Millionen vorhanden war und bei Uebergang des Betriebes der Staatsbahnen an Privatgesellschaften Maßnahmen getroffen wurden, das Defizit zu vermindern, trotzdem aber wie bis dahin weiter fortgewirtschaftet wurde. Nun hat eine vom Ministerium

eingesetzte Kommission die Sache zwar klargestellt, auch erklärt, daß diese Mißwirtschaft resp. das Defizit beseitigt werden müsse, aber nicht verraten, wie es gemacht werden soll. Deshalb gedenken die betr. Kassenmitglieder, wie oben bemerkt, sich jetzt selbst zu helfen.

Briefkasten.

E. in Bielefeld: 5,25 Mk. — G. in Hbg.: In diesem Fall ist der Erfolg mindestens fraglich. — H. in W.: Bei der augenblicklichen Fülle an Stoff wäre es schon besser, wenn Sie darauf verzichteten, auf den Kneipp-rechte Kneipp-Abend noch einmal zurückzukommen.

Verbandsnachrichten.

Bezirk Frankfurt a. M. Die Seper Bernhard Martin Alt aus Augsburg, zur Zeit in Innsbruck; Hans Wirth aus Förentbach (Bayern), zur Zeit daselbst, und Paul Steinbrück aus Jena, welche ohne Buch von hier abreisten, werden hierdurch aufgefordert, daselbst einzulösen, widrigenfalls Ausschluß beantragt werden muß. — Die Herren Reisefasserverwalter resp. Bezirksvorstände werden ersucht, dem auf der Reise befindlichen Seper Georg Boucher, Frankfurt-Hessen Nr. 584, die Hauptbuch-Nummer 31732 einzutragen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Verbnrg die Seper 1. Gustav Geuthe, geb. in Verbnrg 1876, ausgel. das. 1894; 2. Aug. Hoppe, geb. in Verbnrg 1876, ausgel. das. 1895. — In Harsleben bei Halberstadt der Seper Friedrich Vohje, geb. in Kallendorf bei Debitzfelde 1875, ausgel. in Debitzfelde 1893. — Wilh. Schulze in Halberstadt, Nichten-graben 17.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Damm in Westf. An Stelle des von hier abreisenden Reisefasserverwalters und Vertrauensmannes B. Freymuth wurde Kollege W. Hornmann, Ehlertstraße 24, gewählt. Derselbe wird die Reiseunterstützung auf dem Werke, Gaswirtschaft Elbers, Ritterstraße 7, mittags nach 1 Uhr, Sonntags 10 Uhr morgens, auszahlen. Die Herren Verwalter der umliegenden Zahlstellen werden gebeten, die Reisenden hierauf aufmerksam machen zu wollen.

Dreizehntelre Seite 25 W. Stellen-Angebote, Gesuche und Verbindungs-Anfragen bei direkter Zufriedenung 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 W. — Beitrag bei Aufnahme an einrichten. Offerten ist Dreizehntel zur Beförderung beizufügen.

Es bietet sich für einen jungen, intelligenten Buchdrucker durch Uebernahme einer im besten Gange befindlichen

Buchdruckerei in Berlin

Gelegenheit, sich mit geringen Mitteln selbständig zu machen. Offerten unter Ch. 540 an die Geschäftsst. d. Bl.

Ort zu einer Buchdruckerei-Einrichtung (für Seper mit 3 bis 4000 Mark passend) wird nachgewiesen. Offerten unter T. 5688 durch G. C. Daudt & Co., Dresden. [599]

Breslauer Johannisfest-Zeitung.

Da sich eine Neu-Auflage nötig macht, so werden etwaige Bestellungen umgehend erbeten. Bei vorheriger Einsendung des Betrages beachte man, dass das Porto für eine Nummer 3 Pf., für drei Nummern 5 Pf., für vier bis acht Nummern 10 Pf., für neun bis siebzehn Nummern 20 Pf., für achtzehn bis dreiunddreißig Nummern 30 Pf. kostet. Bei Postanweisungen müssen noch 5 Pf. für Abtrag hinzugezählt werden. Von fünfzig Nummern an senden wir portofrei. Bestellungen erbeten an C. Schmidt, Breslau, Blücherstr. 23. [600]

Bezirksverein Braunschweig.

Sonntag den 30. Juni:

Johannis-Feier

in den Räumen des Weißen Kaffees

bestehend in Konzert, Kinderspielen, Feuerwerk u. dgl. Anfang nachmittags 4 Uhr.

Sämtliche Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. Die auswärtigen Mitglieder erhalten ihre Festkarte an der Kasse. [598]

Die Vergnügungskommission.



Im Hause Sreburgstraße 3/5

Fernsprechstelle

des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen.

Amt I, Nr. 1289.

Todes-Anzeige.

Am 16. d. M. verschied nach längerem Leiden im 38. Lebensjahr unser lieber Kollege, der Korrektor

Herr Max Sterz

aus Königstein i. S.

Wir verlieren in dem Verstorbenen ein treues, langjähriges Mitglied unserer Organisation, dessen aufrichtiger und rechtschaffener Charakter ihm ein dauerndes Andenken bewahrt.

596]

Die Mitgliedschaft Bielefeld.

Wir bitten um gefällige Mitteilung des Aufenthalts des Schriftsetzers Max Jos. Singer, geb. 9./10. 68. Kosten werden gern vergütet. [597]

H. Wollbrück & Co., Magdeburg.